

**Sicherheitsrat**

Verteilung: Allgemein
1. Dezember 2004

Resolution 1577 (2004)

**verabschiedet auf der 5093. Sitzung des Sicherheitsrats
am 1. Dezember 2004**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolution 1545 (2004) vom 21. Mai 2004 und auf die Erklärung seines Präsidenten vom 15. August 2004 (S/PRST/2004/30),

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis und *unter Hinweis* auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft und der Nichteinmischung sowie der regionalen Zusammenarbeit,

sowie in Bekräftigung seiner vollen Unterstützung für den Prozess des am 28. August 2000 in Arusha unterzeichneten Abkommens von Arusha für Frieden und Aussöhnung in Burundi (im folgenden "Abkommen von Arusha"), *mit der Aufforderung* an alle burundischen Parteien, ihre Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen, und sie seiner Entschlossenheit *versichernd*, Burundi bei seinen Anstrengungen, den Übergangsprozess durch die Abhaltung freier und fairer Wahlen erfolgreich abzuschließen, zu unterstützen,

erfreut über die positiven Ergebnisse, die von den burundischen Parteien bisher erzielt wurden, namentlich seit der Entsendung der Operation der Vereinten Nationen in Burundi (ONUB) am 1. Juni 2004,

insbesondere *erfreut* über das von den burundischen Parteien am 6. August 2004 in Pretoria unterzeichnete Abkommen und die anschließende Verabschiedung einer Interimsverfassung durch das Parlament am 20. Oktober 2004, die allen Gemeinschaften Garantien gibt, dass sie in den Institutionen nach der Übergangszeit vertreten sein werden,

es allen burundischen Parteien *nahe legend*, im Hinblick auf eine dauerhafte politische Lösung ihren Dialog im Geiste des Kompromisses weiterzuführen, insbesondere während der Kampagne zur Erläuterung der Interimsverfassung und der Ausarbeitung eines Wahlgesetzes,

darauf hinweisend, dass es zu der im Abkommen von Arusha vorgesehenen Abhaltung von Wahlen keine Alternative gibt, und die Übergangsbehörden *auffordernd*, den Wahlprozess durchzuführen, der entsprechend dem Zeitplan bis zum 22. April 2005 stattfinden soll,

in Würdigung der Anstrengungen, die von den Staaten der Regionalinitiative für Burundi, insbesondere Uganda und der Vereinigten Republik Tansania, sowie von der Moderation, insbesondere Südafrika, unternommen werden, um den Friedensprozess in Burundi zu unterstützen, und ihnen *nahe legend*, die von den burundischen Parteien unternommenen Anstrengungen weiterhin begleitend zu unterstützen,

außerdem der internationalen Gebergemeinschaft *nahe legend*, den Anträgen der Regierung Burundis betreffend die Stärkung ihrer nationalen Justizinstitutionen und ihrer Kapazität zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen,

unter Verurteilung aller Gewalthandlungen sowie der Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht,

in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung des Massakers von Gatumba und *erneut erklärend*, dass die diejenigen, die solche Verbrechen begangen haben, vor Gericht gestellt werden müssen,

Kenntnis nehmend von dem gemeinsamen Bericht zu dem Massaker von Gatumba am 13. August 2004, den die ONUB, die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vorgelegt haben (S/2004/821), sowie außerdem *Kenntnis nehmend* von der Erklärung der Regierung Burundis vom 29. Oktober 2004 (S/2004/867) und von ihrer Zusage, ihre Untersuchung des Massakers von Gatumba rasch abzuschließen, gegebenenfalls mit internationaler Unterstützung,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. November 2004 (S/2004/902),

im Hinblick darauf, dass nach wie vor Hindernisse für die Stabilität Burundis verbleiben, sowie *feststellend*, dass die Situation in diesem Land auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in seiner Resolution 1545 (2004) festgelegte Mandat der ONUB bis zum 1. Juni 2005 zu verlängern;

2. *fordert* alle betroffenen Regierungen und Parteien in der Region *auf*, die Anwendung von Gewalt und die Aufstachelung dazu anzuprangern, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht unmissverständlich zu verurteilen und mit der ONUB und der MONUC aktiv zusammenzuarbeiten und an den von den Staaten unternommenen Anstrengungen zur Beendigung der Straflosigkeit mitzuwirken;

3. *fordert* die Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas *auf*, mit der Regierung Burundis vorbehaltlos zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Untersuchung des Massakers von Gatumba vollständig abgeschlossen wird und dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

4. *ersucht* die ONUB und die MONUC, auch weiterhin im Rahmen ihres Mandats den burundischen und kongolesischen Behörden Hilfe zu gewähren, mit dem Ziel, den Abschluss der Untersuchung des Massakers von Gatumba zu erleichtern und die Sicherheit der gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu stärken;

5. *zutiefst beunruhigt* darüber, dass die Nationalen Befreiungskräfte (Palipehutu-FNL) von Herrn Agathon Rwasia die Verantwortung für das Massaker von Gatumba

übernommen haben, *bekundet seine Absicht*, geeignete Maßnahmen zu prüfen, die gegen Personen ergriffen werden könnten, die den Friedens- und nationalen Aussöhnungsprozess in Burundi gefährden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, ihn regelmäßig über die Entwicklung der Situation in Burundi, die Umsetzung des Abkommens von Arusha, die Durchführung des Mandats der ONUB und die Maßnahmen, die von den burundischen Behörden auf Grund der Empfehlungen des Rates zur Bekämpfung der Straflosigkeit ergriffen wurden, unterrichtet zu halten und alle drei Monate einen Bericht über diese Entwicklungen vorzulegen;

7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.
